



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/125

26. September 1949

Paris über London enttäuscht

Von Alfred Frisch, Paris

Die Pfundabwertung hat in den französisch-britischen Beziehungen zu einer neuen Krise geführt. Obwohl die britische Regierung

die Abwertung des Pfundes bereits vor Beginn der Washingtoner Besprechungen grundsätzlich beschlossen hatte, unterrichtete sie davon

lediglich die USA und Kanada, nicht aber Frankreich. Wenn auch Finanzminister Petsche, wohl aus Höflichkeit, öffentlich erklärte,

die Pfundabwertung habe ihn nicht überrascht, so besteht doch kein Zweifel, dass sowohl Datum als auch Umfang des Pfundsturzes in Pa-

riser Regierungskreisen wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkten, zumal der wirtschaftspolitische Horizont Frankreichs gerade jetzt

recht düster ist. Als Frankreich offiziell von der bevorstehenden Pfundabwertung unterrichtet wurde, befanden sich die meisten Re-

gierungsmitglieder, einschliesslich des Ministerpräsidenten und des Finanzministers, ausserhalb der Hauptstadt.

Man kann unter diesen Umständen die Verstimmung gegenüber dem britischen Freund verstehen. Frankreich hatte erwartet, dass London

sich mit ihm und den anderen Mitgliedern der Marshallplan-Organisation vor der Durchführung einer so schwerwiegenden Massnahme be-

spreche. Der von Grossbritannien gewählte Zeitpunkt entsprach in keiner Weise den französischen Absichten und Notwendigkeiten. In An-

betracht der drohenden, sozialen Spannungen konnte für die grundsätzlich vorgesehen gewesene Frankenabwertung kein ungünstigerer Augen-

blick gewählt werden. Die britische Entscheidung zwang jedoch auch Frankreich zum Handeln.

Die politischen Kreise in Paris kommen immer mehr zu der enttäuschenden Überzeugung, dass Grossbritannien auf die europäische

Zusammenarbeit sehr wenig Rücksicht nehme. Man war bereits peinlich von dem englischen Beschluss berührt, über den Kopf der Europäischen

Wirtschaftsorganisation in Paris hinweg allein mit den Vereinigten Staaten über die Finanzschwierigkeiten Grossbritanniens zu verhandeln. Französischerseits wird geradezu mit ostentativer Häufigkeit hervorgehoben, die Ausdehnung der Grossbritannien von den Vereinigten Staaten gewährten Erleichterungen auf alle Marshallplanländer sei ein Erfolg der französischen Diplomatie in Washington.

Auch politisch und strategisch glaubt Paris, von Grossbritannien nichts Gutes erwarten zu dürfen. Man befürchtet offiziös die Bildung eines angelsächsischen Blockes, für den Europa dann nur noch ein strategisches Vorfeld wäre. Immer zahlreichere Stimmen versichern, England empfehle seinen amerikanischen Partnern die Verlegung der westlichen Verteidigungslinien an den Armeelkanal. Derartige Pläne können Frankreich natürlich nur beunruhigen.

Eine weitere Reibungsfläche besteht in Nordafrika, wo Frankreich besonders die Möglichkeit eines britischen Protektorates über das Tunesien benachbarte Tripolitaniens bedenklich stimmt, da Grossbritannien angeblich jederzeit bereit sei, die französischen Interessen in Nordafrika seiner Freundschaft mit der arabischen Welt zu opfern.

Es besteht kein Zweifel, dass zumindest offiziell die französisch-britischen Schwierigkeiten überwunden werden. Die Vereinigten Staaten sollen bereits in dieser Absicht die Mittlerrolle übernommen haben, aber trotzdem wird das steigende französische Misstrauen gegenüber dem Partner jenseits des Armeelkanals vielleicht auf die Dauer nicht ohne aussenpolitische Folgen bleiben. Augenblicklich ist gewissermassen hinter den Kulissen und in noch sehr ungewisser Form von zwei sich übrigens nicht ausschliessenden Kombinationen die Rede. Die eine betrifft die Schaffung eines liberalen Wirtschaftsblockes mit Italien und den Beneluxstaaten, die andere eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland.

- - - -

Ostvertriebene in Rheinland-Pfalz

I.K. Trier, im September 1949

Die Flüchtlingsfrage taucht in der französischen Zone mit einer Plötzlichkeit auf, als habe es so etwas noch nie gegeben. Das zeugt nicht gerade von politischer Weitsicht. Man hätte sich sagen müssen, dass die Weigerung der Besatzungsmacht, Flüchtlinge in die französische Zone aufzunehmen, eines Tages einer höheren Einsicht weichen müsse. Nun hat die Ankündigung, dass 150.000 Menschen ins Rheinland kommen werden, die Menschen hier etwas erschreckt, manche Bauern so sehr, dass sie Mauern aus ihren Häusern reissen, um unter Hinweis auf mangelnden Wohnraum Ostvertriebene abweisen zu können. Die Fälle sind erfreulicher Weise selten. Sie kamen auch rechts des Rheines vor. Die Landesregierung in Koblenz sah sich jedenfalls gezwungen, strenge Strafen für flüchtlingsfeindliches Verhalten anzukündigen.

Mit der Ankunft der ersten Flüchtlinge wurde das Problem der Arbeitsbeschaffung spruchreif. Abseits der grossen Städte Ludwigshafen, Mainz und Kaiserslautern mangelt es an Industrie. Beide Landesteile Rheinland und Pfalz sind typische Gebiete der Klein- und Mittelindustrie. Zentren dieser Werke mit weniger als 1000 Arbeitern sind Koblenz, Neuwied, Kreuznach, Pirmasens, Zweibrücken, Worms, Frankenthal und Idar-Oberstein. Die auf Schuhe spezialisierte Industrie von Pirmasens kann jedoch ebenso wie die Spezialindustrie der Goldschmiede und Edelsteinschleifer von Idar-Oberstein keine fremden Arbeitskräfte aufnehmen, da beide Industrien Absatzschwierigkeiten haben. Schnelle Umstellungsmöglichkeit besteht für die Ostvertriebenen in der Steinindustrie bei Koblenz, sofern die Nachfrage nach Tuffsteinen aus diesem Gebiet anhält. Das Trierer Grenzland ist ausgesprochenes Bauern- und Winzerland. Hier sollen vornehmlich landwirtschaftliche Arbeitskräfte aufgenommen werden, für die hier in vielen Dörfern Bedarf besteht. Grossprojekte des Rheinlandes sind die Moselkanalisierung von der deutschen Grenze bei Perl bis Koblenz, bei der sieben Staustufen mit Stromwerken gebaut werden sollen. Die erste Staustufe ist bei Koblenz im Bau. Die Bauzeit der Kanalisierung ist auf acht Jahre berechnet. Von den 25 gesprengten Moselbrücken sind 17 wieder aufgebaut oder im Bau. Zwei Bahnnotbrücken werden ausgebaut. Vier Neubauten übernahm Luxemburg. Eine einzige Brücke, die Römerbrücke in Trier, blieb unversehrt.

Die Umsiedlung der Flüchtlinge soll ausschliesslich in Landorte

erfolgen, da Zerstörungsgrad und Wohnungsnot die Aufnahme von Ostvertriebenen in Städten vorerst nicht gestatten. Zudem weilen allein aus Trier noch 2.000 Evakuierte in Thüringen und Hessen. Erfreulicher Weise erwies sich die Konfession der Ostvertriebenen nicht als Hindernis, was bei einem so ausgesprochen katholischen Gebiet wie dem Rheinland nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist. Ebenso wie das protestantische Oberhessen Zehntausende von katholischen Sudetendeutschen aufnahm, wird das katholische Rheinland in diesen Tagen Zehntausende von evangelischen Ostpreussen als Neubürger übernehmen. Die Quartiere sind gemacht. Die neuen Siedler können kommen.

An die höheren Schulen sind Anweisungen des Kultusministeriums ergangen, um den neuen Schülern die Umstellung zu erleichtern. Die grösste Schwierigkeit besteht darin, dass an den Gymnasien und Lyzeen der französischen Zone das Französische die Rolle spielt, die in Norddeutschland das Englische spielt. (B.87/260/2/hs)

- - - -

Gewerkschaften spenden für Labour-Wahlfonds.

sp. Die enge Verbundenheit der englischen Gewerkschaften mit der Labour Party offenbart sich erneut in namhaften Spenden für den Wahlfonds der Labour Party für die nächsten Parlamentswahlen. Nachdem bereits von Gewerkschaften in Yorkshire und Schottland dem Wahlfonds Spenden in Höhe von 3000 Pfund beigesteuert worden waren, hat Sir William Lawther, der Präsident der National Union of Mineworkers, den Beschluss seiner Gewerkschaft mitgeteilt, für den Wahlfonds 25.000 Pfund zu spenden. Eine weitere Spende von 5.000 Pfund wird von den Bergarbeitern des Durham-Distrikts erwartet. Interessant ist, dass für die Spende der National Union of Mineworkers auch die kommunistischen Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses stimmten, obwohl die Labour Party den Kampf gegen den Kommunismus als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet. (m/B42/269/2/hs)

- - - -

Spaltung der australischen Gewerkschaften.

sp. Der Beschluss des australischen Gewerkschaftsrates, aus dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund auszutreten, hat zu einer Spaltung der australischen Gewerkschaften geführt, in denen rund eine Million Arbeiter und Angestellte organisiert sind. Die Gewerkschaften der Wasserwerker, der Eisenarbeiter, der Seeleute und der Bergarbeiter wollen sich jetzt als Einzelmitglieder dem alten Gewerkschaftsbund anschliessen. (m/B42/269/2/hs)

- - - -

Eine Woche Bonn

Von Erich Klabunde, Abgeordneter des Bundestages

Die Bevölkerung konnte mit Fug und Recht erwarten, denn so war es ihr im Wahlkampf ausnahmslos von allen Parteien versprochen worden, dass die Regierung schnellstens auf die Beine gestellt und dass das Parlament umgehend seine Arbeit aufnehmen würde.

Wenn bis jetzt, sechs Wochen nach dem 14. August, noch nichts anderes vorliegt als die mühsame Bildung eines Kabinetts, eine vielfach unbefriedigende Kanzlererklärung und eine abgebrochene Parlamentsdebatte über diese Erklärung, so wird das kaum befriedigen können.

Die Wähler haben das Recht, mit diesem Ergebnis unzufrieden zu sein. Und auch die Abgeordneten selbst - zumindest die Abgeordneten der

SFD - haben ein unbefriedigtes Gefühl, wenn sie auf diese erste Woche der parlamentarischen Arbeit zurückblicken. Sie wünschen einen nahen

Termin, an dem wirklich konkrete Aufgaben in Angriff genommen werden können.

Nach 16 Jahren Pause besteht der Bundestag überwiegend aus Neuparlamentariern, die ihr Debüt erst noch geben sollen. Neben den Reden von Frau Wessel, Dr. Schumacher und Cilenhauer war alles andere

nicht gerade glanzvoll. Das gilt nicht nur für Niveau und Stil, sondern vielfach auch für die Haltung, die insbesondere in den Zwischenrufen zum Ausdruck kamen. Man wird es gewiss den Abgeordneten der

Rechten nicht verargen, dass sie Gegner Schumachers sind. Aber man war doch erstaunt, wie hasserfüllt sie ihre Zwischenrufe machten,

als wenn es eine unsachliche Wählerversammlung wäre und nicht die erste Begegnung derer, denen die Zukunft Deutschlands in die Hände

gegeben ist. Ein Parlament braucht schliesslich bei allen Gegensätzen eine Atmosphäre des gegenseitigen Umganges, und an diesem hat es gerade

in den ersten Tagen ziemlich gefehlt.

Auch der qualifizierte Präsident stünde hier vor einer Aufgabe, die sich nicht in einer Sitzung allein lösen lässt. Sie erfordert

einen parlamentarischen Erhebungsprozess von gewisser Dauer. Es darf auch nicht andeutungsweise die Wiederholung jener Szenen geben,

die ab 1930 den Parlamentarismus und mit ihm die Demokratie im Bewusstsein des Volkes und besonders der Jugend diskreditierten.

Diese Auffassung herrscht offenbar nicht nur in den Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion, sondern schien sich wenigstens während der letzten 1 1/2 Tage allgemein durchzusetzen.

Die Qualität der Abgeordneten hat sich entsprechend dem allgemeinen Charakter der Aussprache noch nicht entfalten können. Was man allerdings der Mehrzahl der Reden und vielen Zwischenrufen entnehmen, war nicht gerade hoffnungsvoll. Man wird allerdings berücksichtigen, dass die Freude am Zwischenruf mit der sachlichen Qualifikation nicht verbunden zu sein braucht. Gerade um das Parlament von seiner positiv-sachlichen Seite zu zeigen, erscheint es notwendig, dass die Ausschussarbeiten baldigst beginnen. Es ist noch nicht sicher, ob das bereits in dieser Woche der Fall sein wird. Man ist also am Beginn, es gibt noch keine Zeichen dafür, ob und wie sich die an das Werden des Bundestages gebundenen Erwartungen erfüllen werden. Doch es wäre voreilig, schon heute eine leichte Enttäuschung zu zeigen. In den nächsten Wochen wird sich ergeben, ob der Bundestag mehr ist, als die notwendige Folge aus dem Grundgesetz, ob er es versteht, die Probleme des Volkes anzupacken. Das ist eine Aufgabe der Regierungsmehrheit. Kommt sie nicht zu diesem Ziel, so werden die konkreten Vorschläge von sozialdemokratischer Seite zeigen, dass die Schuld nicht bei der Opposition liegt.
